



Lothar Binding
Mitglied des Deutschen Bundestages

Lothar Binding, MdB, Bergheimer Str. 88, 69115 Heidelberg
An den
Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg
Herrn Dr. Eckart Würzner
Postfach 10 55 20

69045 Heidelberg

Vorausschauende Stadtentwicklungs- und Finanzplanung

Heidelberg im August 2010
Bezug:
Anlagen:

Lothar Binding, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Paul-Löbe-Haus
Raum: 5.331
Telefon: +49 30 227-73144
Fax: +49 30 227-76435
lothar.binding@bundestag.de

Bürgerbüro Heidelberg/Weinheim:
Bergheimer Straße 88
69115 Heidelberg
Telefon: +49 6221-182928
Fax: +49 6221-616040
lothar.binding@wk.bundestag.de

Mitglied des Finanzausschusses

Stellvertretendes Mitglied des
Haushaltsausschusses

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, lieber Eckart,

zehn gute Einzelprojekte machen noch keine gute Stadt. Auch zehn schlechte Einzelprojekte zerstören eine Stadt nicht. Und dennoch zeigt die Diskussion über das Kongresszentrum auf dem Montpellierplatz, dass einzelne Großprojekte große Bedeutung erlangen können. Das Ergebnis des Bürgerentscheids darüber und Dein Interview in der Rhein-Neckar-Zeitung zwei Tage später zum gleichen Thema möchte ich zum Anlass nehmen, einige Gedanken zur Stadtentwicklung und zu den Finanzen in Heidelberg aufzuschreiben. Das Ziel dieses Briefes wäre erreicht, wenn sich künftige Stadtentwicklungsplanung größerer Sensibilität und der Beachtung weiträumigerer Funktionszusammenhänge erfreuen würden.

Die Auseinandersetzung um für und wider der Stadthallenerweiterung ist mit viel Härte geführt worden. Die Zukunft Heidelbergs würde von der Realisierung dieses Projektes abhängen wurde dem Bürger signalisiert. Wir konnten Überschriften lesen wie „Stadthalle - Einmaliger Standort am Neckar“, „Heidelberg hat keine Alternative“ oder „Die Wirtschaft will den Anbau“ oder „Es geht nicht um ein Gebäude, es geht um die Zukunft“. Dabei geht es hier um ein Einzelprojekt.

Der Rhein-Neckar-Zeitung verdanken wir durch eine Überschrift die Hervorhebung eines Gedankens: „Kultur gehört mitten in die Stadt“. Gemeint ist: „mitten in die Altstadt“. Aber auch vieles andere muss angeblich mitten in die (Alt)Stadt: Das Theater, das Kongresszentrum, Hotel, Restaurant und natürlich der Neckarufertunnel.

Aber Heidelberg ist mehr als die Altstadt. Gerade der Wunsch, zu viel in dieses enge Areal zu stopfen, birgt Gefahren in sich. Dies macht mir Sorgen.

Sorgen macht mir auch die Auseinandersetzung über Einzelprojekte in Heidelberg. Besonders erschreckt mich stets die Formulierung



Lothar Binding

Mitglied des Deutschen Bundestages

„alternativlos“, die immer wieder in offiziellen Dokumenten, Artikel oder Reden zu finden ist. In der Stadt, im Land und auch im Bund. Und in Europa auch.

Ist es nicht ein wenig absurd, dass der Vorwurf, eine Gruppe sei „gegen jede Veränderung und Weiterentwicklung“ oft gerade von denen kommt, die „keine Alternative“ sehen und ist gegen jene gerichtet, die viele Alternativen sehen und untersucht haben möchten? Gerade das Begriffspaar „Veränderung und Weiterentwicklung“ deutet doch auf unendlich viele Alternativen.

Keine Alternative? Der RNZ verdanken wir eine schöne Zusammenstellung der Alternativen zur Stadthallenerweiterung. Zunächst möchte ich an den Gemeinderatsbeschluss *Kongresshaus am Bahnhof* erinnern. Ein Beschluss, der nicht ausgeführt wurde, obwohl sogar die Variantendiskussion schon fast abgeschlossen war.

In der Presse wird in solchen Fällen mitunter über Entscheidungsschwäche geklagt, eine Blockadehaltung behauptet – aber vielleicht wurde hier etwas, das demokratisch klar beschlossen wurde, exekutiv blockiert. Unliebsame Projekte werden von der Exekutive solange gewalgt, bis der Gemeinderat entnervt beschließt, was er mehrheitlich nicht unbedingt gewollt hat. Als Beispiel möchte ich den Baukörper Justizgebäude Bahnhofstrasse nennen.

Auch einen Beschluss „Baden im alten Hallenbad“ gab es, demokratische Entscheidungen, die von der Exekutive zügig umzusetzen gewesen wären. Stattdessen wurde lange zugewartet und dann Fliesen abgeschlagen, um den Verfall der Landeszuschüsse zu verhindern. Mit konzeptlosen Maßnahmen wurden Beschlüsse konterkariert und damit im Ergebnis in ihr Gegenteil verkehrt. Durch Zuwarten, was sich direkt auf die Preiskalkulation auswirkt, durch die Eröffnung allerlei Nebenkriegsschauplätze, was sich direkt auf jeglichen Zeitplan auswirkt, durch Ausschreibungsverfahren, die sich stärker auf die Phantasie von Investoren stützen als auf den Willen des Hauptorgans der Gemeinde, dem Gemeinderat.

Ich erwähne hier auch Beispiele, die nicht in Deine Amtszeit als OB fallen, weil es mir nicht um Legislaturperioden geht oder um Personen, ich möchte einerseits vorausschauende Stadtplanung und andererseits zügige Realisierung erwirken, wenn der Gemeinderat beschlossen hat.

Aber auch während Deiner Amtszeit wurden viele Ideen für ein Kongresszentrum diskutiert: Unterirdisch mit Glasfront zum Neckar, als schwimmendes Kongresszentrum auf dem Neckar, immer wieder die beschlossene Lage am Bahnhof, in der Bahnstadt, am Neckar beim Marriott. Auch die riesigen, bisher militärisch genutzten Flächen oder das Universitätscampus wären es wert gewesen, untersucht zu werden. Warum nicht ein Kongresszentrum im umgebauten Gefängnis mit



Lothar Binding

Mitglied des Deutschen Bundestages

überspanntem Innenhof? Das könnte weltweit Beachtung finden... Oder gehört das Gefängnis auch „mitten in die Stadt“? Und wenn einem fast nichts einfällt, könnte man an den Hinterhof des ABB Gebäudes denken, womit OB Zundel (übrigens mit einer völlig falschen Zukunftsprojektion) den alten Messplatz bebaut hat. Das DRK könnte sich auf neue Räume freuen. Aber wer sich gegen ein Kongresszentrum am Bahnhof mit Händen und Füßen wehrt, wird es nicht leicht haben, mit der Rudolf-Diesel-Strasse.

Unsere Stadt ist voller Möglichkeiten, voller Alternativen. Deine eifertigen Bemerkungen „Nur weil dort jemand eine Tiefgarage besitzt, ist noch lange kein Grund, ein Konferenzzentrum zu bauen.“ oder „Erstens gehört die Fläche (am Bahnhof) dort nicht der Stadt, und zweitens haben diese Flächen ohne Burelli-Planungen keine Perspektive.“, gehören in die Kategorie „alternativlos unmöglich“. Und doch: Gehört nicht auch eine Garage zu einem Kongresszentrum? Und kann eine Stadt ein Grundstück in Folge geschickter Verhandlungen oder Planungen nicht kaufen? Und könnte es neben Burelli nicht vielleicht andere Menschen geben die eine gute Idee für die Bebauung am Bahnhof haben?

Du sagst im RNZ-Interview: „Die größte Gruppe konnte die Architektursprache des Anbaus nicht akzeptieren.“. Ich denke, viele wollten die „Architektursprache“ nicht akzeptieren – weil es einfach zu viele schlechte Erfahrungen mit dieser Sprache gibt, vor allem in der Planungsphase. Sie dient oft nicht der Verständigung, sondern der Verschleierung. Notfalls helfen einige Bäume auf Bildern und im Modell. Auch die Tatsache, dass zunächst in einem riesigen Wettbewerb ein Siegerentwurf gekürt wird und dann innerhalb weniger Stunden ein „besserer“ Entwurf hergezaubert wird, erschüttert das Vertrauen. Der geübte Hörer der Architektensprache fragt doch: „Warum hat der Architekt diesen Entwurf nicht schon zuvor vorgelegt?“

Du sagst, ein anderer Entwurf hätte mehr Chancen gehabt „wenn die Bevölkerung die Wahl zwischen unterschiedlichen Entwürfen gehabt hätte. Dann hätte man möglicherweise an diesem Standort etwas bauen können“. Vielleicht. Aber vielleicht geht es um viel mehr als um Architektur, um Geschmack.

Unter anderem geht es um die Auswirkungen einer Stadthallenerweiterung auf den Verkehr. Es wurden immer wieder Fragen zum Verkehrskonzept laut. Immerhin kommen zu einem großen Kongress viele Menschen, sie gehen auch wieder, sie wollen Würstchen mit Salat... sie wollen übernachten. Da nicht alle in der Altstadt ein Bett finden, fahren oder laufen sie zu den Hotels in Bergheim, in Neuenheim in der Weststadt.

Mit dem Wissen, dass dieser Publikumsmagnet mitten in der Stadt mit kompletter gastronomischer Versorgung und Ausstellungsbetrieb nicht



Lothar Binding

Mitglied des Deutschen Bundestages

an den Tunnel parallel zum Neckar angeschlossen werden soll, kamen schnell weitere Fragen auf. Im Stadtblatt wurde hingegen von der Stadt erklärt, dass sich „durch die Erweiterung der Stadthalle... auch die verkehrliche Erschließung des Kongress- und Kulturzentrums verbessern“ werde. Ein Tunnelsystem würde weniger Verkehr in der Neckarstrasse ermöglichen, es gäbe weniger Staus. Die Einfahrt zur bisherigen Tiefgarage und zur neuen unter dem Erweiterungsbau ist für den Jubiläumsplatz vorgesehen, wobei die obere Etage des bisherigen Parkhauses eine eigene Ausfahrt, wie bisher, über die untere Neckarstrasse, behält. Eine Notlösung auf engstem Raum. Es geht um die Zukunft Heidelbergs? Um einen Kreuzungsausbau direkt am Vincentius-Krankenhaus – also dort, wo dann unten ein Tunnel verlaufen soll, soll oberirdisch eine Kreuzung ausgebaut werden. Stadt am Fluss? Sind in den 19 Millionen für das Stadthallennebengebäude die Kosten für diese Verkehrsführung inklusive den verschiedenen Tunnelneubauten und Tiefgaragen enthalten? Kaum zu glauben.

Und noch etwas: Wir haben künftig zwei Theatersäle und damit praktisch eine zentrale Funktion in der Altstadt mehr als verdoppelt, fast verdoppelt auch den Verkehr, fast verdoppelt die Anzahl der Altstadtgäste die nach dem Theater noch in ein Gasthaus gehen.

Warum wollen die großen Worte – „Einmaliger Standort“ oder „... es geht um die Zukunft“ nicht so recht passen? Natürlich gibt es mehrerer Standorte und auch die Zukunft Heidelbergs hängt nicht vom Anbau an die Stadthalle ab.

Ich sehe einen viel tiefer liegenden Grund, warum ich Deiner Analyse nicht folgen möchte. Die Stadt konzentriert sich auf ein Projekt. Gestern das Theater, die Bahnstadt, heute das Kongresszentrum, morgen einen Tunnel. Es gibt keine Gesamtschau. Zwar gibt es Stadtteilrahmenpläne, ein Modell Räumlicher Ordnung. Und doch wird nicht der funktionale Zusammenhang der einzelnen Projekte erklärt, sondern es geht immer gleich um Architektur, der Wettbewerb dominierte die veröffentlichte Debatte – aber Geschmacksfragen kommen am Ende.

Die Entscheidung über isolierte Einzelprojekte führen oft nicht zu Lösungen sondern zu Problemen. Warner werden oft recht arrogant als „Nein-Sager“ verunglimpft. Aber welche anderen Möglichkeiten haben die Bürger denn? Solange völlig unklar bleibt, wie sich ein Projekt, wie sich Funktionen, wie sich Verkehr und Kommerz auf die Stadt auswirken, solange lediglich die Lobbyisten Behauptungen aufstellen und Erwartungen formulieren, solange offensichtliche Alternativen geleugnet werden, haben der Bürger, die Bürgerin keine andere Chance als nein zu sagen, will er Schlimmstes verhindern.

Ich erinnere mich an Deine Bemerkung, die Brückenstrasse habe doch die gleiche Breite, wie die damals geplante und heute zu besichtigende Bahnhofstrasse. Es kommt aber nicht auf einen Parameter, z.B. die



Lothar Binding

Mitglied des Deutschen Bundestages

Breite einer Strasse an, sondern auf das Ensemble in der Gesamtstadtanlage. Und wenn Du Dir den Baukörper Justizgebäude in seiner Wuchtigkeit gegenüber den Gründerzeithäusern in der Bahnhofstrasse ansiehst, könnte höchstens noch die Architektensprache helfen, das auszuhalten. Nein, solche Einzelprojekte, ungeplante Funktionsverteilung, rücksichtsloser Umgang mit dem Bestehenden, hat mit Dynamik und Entwicklung nichts zu tun. Und wir haben Erfahrungen. Schon beinahe historische ebenso wie aus jüngster Zeit. Schlosshotel, Theaterneubau, auch der Abriss der Altbauvilla am Schloss-Wolfsbrunnenweg gehören dazu. Auch den Triplexbeton mitten in der Altstadt kann man nur mögen, wenn man die Architektensprache versteht. Viele dieser Gebäude stammen aus einer Zeit als der Slogan „Beton – es kommt darauf an, was man daraus macht“ en vogue war. Mit Blick auf den noch nicht ganz fertig gestellten Justizbau in der Weststadt bekommt Dein Wahlkampf auf dem Bismarckplatz „Beton – es kommt darauf an, was man daraus macht“ eine ganz konkrete Dimension. Weil es tatsächlich darauf ankommt. Man kann derzeit mit ansehen wie der Himmel in der Bahnhofstrasse mit Beton zuwächst. Und dabei waren sich hier Stadtverwaltung und eine Mehrheit im Gemeinderat einig. Einige im Gemeinderat haben schweren Herzens zugestimmt - unter dem Eindruck, andernfalls ginge die Welt unter. Alternativlos.

Wie wichtig Bürgerentscheide sein können, haben wir beim geplanten Verkauf der GGH Emmertsgrundwohnungen erlebt. Hier hat das eindeutige Ergebnis des Bürgerentscheids – ohne Quorum – genügt, um den Gemeinderat umzustimmen. Der Stadt bzw. der GGH ist ein Desaster erspart geblieben. Mit Blick auf den damals vorgesehenen Käufer der Wohnungen werden Geschäftsführung und Mitarbeiter der GGH jeden Morgen mit einem Stoßgebet den Bürgerinnen und Bürgern danken, die gegen den Verkauf gestimmt haben.

Wer sich außerdem immer einmischt: Lobbyisten. Lobbyisten, Experten für ihre Branche, leiten ihre Forderungen, ihre Wünsche und Hoffnungen fast immer monokausal ab. Die Ertragslage ist nicht gut genug. Mehr Umsatz hilft. Umsatz kommt von Kongressgästen, nur von Kongressgästen, die in der Altstadt tagen. Vielleicht ist die Ertragslage aber auch deshalb stetig schlechter geworden, weil die gewerblichen Vermieter den Hals nicht voll bekommen können und die Stadt in dieser Hinsicht nicht genug getan hat, nicht genug tun kann. Vielleicht brauchen wir im gewerblichen Mietverhältnis auch so etwas wie eine Kappungsgrenze und einen Begriff der sittenwidrig hohen Miete. Der Handel und Einzelhandel leidet unter stetig wachsenden Kosten. Darauf müssen wir unseren Blick mindestens ebenso konzentriert lenken, wie auf den Umsatz. Der Wunsch nach mehr Umsatz kann blind machen gegenüber den Belastungen des Zentrums.



Lothar Binding

Mitglied des Deutschen Bundestages

Jede Standortaufwertung in der Stadt, oft von der Allgemeinheit bezahlt, rechtfertigt schon bald die Anhebung der gewerblichen Miete, weil sich „die Lage“ verbessert hat. So führt die gute Standortverbesserung zur Verschlechterung der Versorgung, weil die Erträge der Geschäfte durch überhöhte Mieten aufgezehrt werden. Dies ist nur ein Beispiel für eine Überlegung, die über die Ableitung Kongress gleich Umsatz gleich Ertrag hinausgeht.

Gibt es eine Antwort auf die Frage, welche oberzentralen Funktionen in der Altstadt bleiben oder dorthin kommen sollen? In welchem funktionalen Zusammenhang Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft incl. Tourismus, Freizeit etc. in Heidelberg stehen, stehen sollen? Wie werden die Belastungen der Altstadt durch weitere oberzentrale Funktionen beeinflusst, vom Buspendel- und Anlieferverkehr bis zum urinierenden Nachtschwärmer (letzte seien nur erwähnt, weil diese seit Monaten Thema sind)? Es werden kleinliche Streitereien über Sperrzeiten, Außenbewirtschaftung und die (wie ich finde: absurde) Luftraumsteuer geführt – aber ein Kongresszentrum gehört wie selbstverständlich mitten in die Stadt?

Wie sieht die Stadtentwicklungsplanung für Heidelberg oder wenigstens für die direkt zusammen hängenden Stadtteile Altstadt/Schlierbach, Bergheim, Bahnstadt, Neuenheim, Weststadt/Südstadt aus? Auf der einen Seite die Bahnstadt, auf der anderen Seite die Altstadt. Der Bahnhof wird als „zu weit außerhalb“ für ein Kongresszentrum empfunden. Die Stadtanlage Heidelbergs macht aus den paar Metern zwischen Bahnhof und Bismarckplatz (1.400 Meter) oder Universitätsplatz (gerade mal 900 Meter zusätzlich) eine unüberbrückbare Distanz. Mit einer Straßenbahn – der Lückenschluss zur Altstadt wird ja sicher bald gebaut – wäre es auch möglich vom Kongresszentrum in wenigen Minuten mitten in der Altstadt zu sein.

Vielleicht kommt morgen jemand auf die Idee, schöne Fußwegeverbindungen in Bergheim zu planen, zu bauen. Mehr Grün, mehr Plätze zum Verweilen, nachts mehr Licht im Grün. Mehr Unterstände bei Regen. Was wird aus der alten Feuerwache? Gibt es Planungen für den Busbetriebshof oder die Gneisenaustrasse Ost? Was wird für den Bahnhof im Norden und im Westen geplant? Was ist für das Areal Bauhaus geplant?

Oft wird von existierenden Plänen gesprochen. Alles in der Schublade. Wenn aber konkret gebaut werden soll, hat man nicht den Eindruck planerischen Vorgehens. Mir drängt sich eher der Eindruck auf, dass es oft plötzlich entdeckten Bedarf gibt, eines Investors, des Landes oder auch „Rückgabebedarf“ der US-Army – und dass erst dann hektisch nach einer „Lösung“ gesucht wird. Ein solches Ergebnis ist das Justizgebäude an der Bahnhofstrasse. Oder ist diese etwa das Ergebnis einer guten Stadtplanung im Rahmen einer Gesamtstadtanlage? Ich



Lothar Binding

Mitglied des Deutschen Bundestages

frage das nicht, weil ich Stillstand will, sondern weil ich Entwicklung will. Manchmal manifestiert sich Stillstand auch in monströsem Bauen, die sich durch nichts von den alten 60er und 70er Jahre Bauten unterscheiden – außer durch ihre Monströsität die alles ringsherum erschlagen.

Noch mal zur Auseinandersetzung über das Kongresszentrum bei der Stadthalle:

Wenn aber „die Stadt“, die Exekutive bzw. eine städtische Gesellschaft eine eigene Kampagne gegen die Initiativen der Bürgerinnen und Bürger führt, Wahlkampf genannt, gibt mir das zu denken. Und vor allem: wer hat eigentlich diese Kampagne geplant und bezahlt? Mich irritiert auch der extrem teure Werbefeldzug einer städtischen Gesellschaft gegen die Bürgerinitiative für den Stadthallenanbau. Geld spielt keine Rolle ist die Botschaft. Anzeigen auf Seite eins der RNZ – für ein zusätzliches „Konzerthaus“ – neben den beiden Theatersälen.

Nach vier Jahren OB Würzner und der muskelspielenden Allianz aus CDU, FDP und den „Heidelbergern“ lesen wir: „Stoppt den Niedergang Heidelbergs“. Und wie wir gesehen haben, haben sich Bürgerinnen und Bürger die Demokratie nicht abkaufen lassen. Trotz der extrem teuren Kampagne, der wahnsinnig teuren Anzeigen auf Seite eins der RNZ, blieb die Anzahl der Anhänger der Bebauung des Montpellierplatzes und der Nutzung des Jubiläumsplatzes für die Verkehrserschließung begrenzt auf unter 13.000 Stimmen – auf weniger als ein Drittel mit der Besonderheit, dass es kein einziges Wahllokal gab, in dem die „Ja-Sager“ die Mehrheit gehabt hätten.

Bestimmten Gruppen ist also das Gefühl für die Belange der Menschen in der Stadt verloren gegangen. Sensibilität bei der Stadtentwicklung wird höher eingeschätzt als das Augen-zu-und-durch-Projekt der eifertigen Macher. Es zeigt sich wie wenig verstanden wurde, dass die Summe aus einer begrenzten Anzahl von Einzelinteressen weniger ist als das Interesse für die Gesamtstadt, für die Gesamtgesellschaft.

Dieses Ergebnis nun mit „Wir beginnen bei Null“ (Gradel im Stadtblatt vom 28. Juli 2010) zu kommentieren, gibt mir zu denken. Andernfalls ist es besser bei Null zu beginnen als bei geplanten minus x mit unkalkulierten Kosten.

Ich habe in einem Kommentar von Ingrid Thoms-Hoffman gelesen, dass „Heidelbergs ‚Elite‘ sich für den Erweiterungsbau Stadthalle aussprach“ und dass die vielen Leserbriefe eine „eindeutige Sprache“ im Zusammenhang mit einer Formulierung „Arroganz der Macht“ sprächen. Wir haben wirklich eine Elite. Ohne Anführungszeichen. Aber wer sagt denn, dass weltweit anerkannte Juristen, exzellente Wissenschaftler, Unternehmer oder auch Menschen, die wirklich gute Arbeit mit dem Geld anderer Leute machen, mehr von Stadtentwick-



Lothar Binding

Mitglied des Deutschen Bundestages

lung oder gar Stadtentwicklungsplanung verstehen als der sogenannte einfache Bürger oder auch die Experten in der Stadtverwaltung. Ich denke, Heidelberg hat eine exzellente Stadtverwaltung, viele hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Entfaltung ermöglicht und gefördert werden sollte. Vorgaben durch Vorfestlegungen auf einzelne Großprojekte, Standorte, Funktionen, vermindert die Entfaltungskraft der Verwaltung. Allein die dicken Anzeigen haben doch gezeigt, dass es mehr um Stimmung ging als um Sachargumente. Genau das, was man der Bürgerinitiative gegen den Anbau vorwirft. In solchen Fällen können die Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung durch Fachwissen zur Versachlichung beitragen.

Was ich auch bedauert habe, ist die Blockbildung in Erinnerung an Deinen Wahlkampf. Wir lesen (RNZ 16. Juli 2010) in einer Überschrift „Erstmals seit dem OB-Wahlkampf 2006 kämpfen CDU, FDP, „Heidelberger“ und Freie Wähler wieder zusammen“. Geht es in Fragen der Stadtentwicklung wirklich um parteipolitische Blöcke? Geht es nach einer erfolgreichen Wahl zum OB nicht um das Wohl der Gesamtstadt, das Wohl der gesamten Bevölkerung? Darf es tatsächlich nur um die parteipolitisch verengte Interessenlage bestimmter Gruppierungen gehen? Es wird interessant sein zu sehen, was die bisherigen erfolglosen Planungen für den Gemeinderatsbeschluss Kongresszentrum Bahnhof, den die CDU mit beschlossen hat und den Gemeinderatsbeschluss Kongresszentrum Stadthalle, ebenfalls mit den Stimmen der CDU, gekostet haben.

Nach meiner Einschätzung möchte fast jede und jeder in unserer Stadt, ich habe bereits vor vielen Jahren im Gemeinderat dafür gestimmt, ein Kongresszentrum realisieren. Ein Kongresszentrum ist teuer. Aber wenn es für die Stadt, für die Universität, für die Gastronomie, die Hotels und die Stadtgesellschaft ein Gewinn ist, dann lohnt sich die Ausgabe. Die Begründung für die Notwendigkeit in unmittelbarer Nachbarschaft zur Stadthalle sind oft die andernfalls erhöhten Kosten für die Stadthalle, für deren Sanierung, technische Ertüchtigung und Betrieb.

Fakt ist, die Belegung der Stadthalle sinkt seit 20 Jahren, im vergangenen Jahrzehnt um ca. 40 %. Wundert das tatsächlich jemand? Ich erwähne exemplarisch nur zwei Aspekte. Zum einen gaben die Preisentwicklung, sowohl der Miete für die Stadthalle, als auch für den gastronomischen Service eindeutig das Signal: „Wir bitten Vereine und Veranstalter der Stadthalle fernzubleiben.“

Zum anderen hat sich parallel dazu der Rosengarten in Mannheim aus der Sicht Deutschlands, Europas und der Welt als attraktiver Kongressstandort angeboten und entwickelt. Kurzer Besuch des Schlosses in Heidelberg ist häufig im Kongresspaket eingeschlossen. Ganz nah am Mannheimer Bahnhof, am Rande und nicht mitten in der Stadt, aber



Lothar Binding

Mitglied des Deutschen Bundestages

funktional, mit einem attraktiven Preis-Leistungsverhältnis für mittelgroße und große Kongresse.

Und ausgerechnet Michel Maugé, dem Mannheim diesen Erfolg mit verdankt, rät in Heidelberg zum Nebengebäude an der Stadthalle mitten in der Stadt. Er sieht sicher den regionalen Verbund, hofft auf Synergien, formuliert als Voraussetzung die „vorbehaltslose Kooperation der einzelnen Anbieter und „Öffnung der noch in vielen Köpfen vorherrschenden Stadtmauern“ – und doch: ist es denkbar, dass ihm ein Heidelberger Kongresszentrum das auch im Wettbewerb mit dem Rosengarten stehen könnte nicht nur gefallen würde? Konkurrenz belebt das Geschäft wirklich – aber sie erfordert auch erhöhte Anstrengung.

Natürlich hat die Stadthalle Mängel. Thorsten Schmidt wird damit zitiert, dass es „hinter den Kulissen der Stadthalle gar trübe aussieht“. (RNZ 13. Juli 2010). Aber ist es nicht merkwürdig, dass für einen zweiten Theatersaal über 40 Millionen spendiert werden, für eine behutsame Renovierung und Modernisierung der Stadthalle aber kein Geld zur Verfügung steht? Und – dass ausgerechnet unsere Intendanten unter der Überschrift Kultur den eher an Speer erinnernden Entwurf nun mit dem Eiffelturm assoziieren, hat mich ziemlich gewundert.

Ein weiteres großes Thema möchte ich mit „Der Realität ins Auge sehen, Alternativplanungen anstoßen“ überschreiben.

Du hattest auch gehofft, die Amerikaner bleiben. Gewünscht, gefleht. So funktioniert aber vorausschauende Politik nicht. Ein wenig hast Du Dich auch über Hinweise echauffiert, rechtzeitig an die Möglichkeit zu denken, dass die Amerikaner gehen. Rechtzeitig mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zu verhandeln, rechtzeitig an Stadtentwicklungsplanung und preiswertes Wohnen zu denken, rechtzeitig einen Beirat zur Entwicklung der frei werdenden amerikanischen Liegenschaften zu schaffen – und nicht erst, nachdem der Abzugsbrief auf dem Schreibtisch des OB mit Eingangsstempel versehen wurde. Vielleicht ein wenig so rechtzeitig wie Mannheim.

Ich hatte schon im Dezember 2005 in Bezug auf Verlagerung der US Streitkräfte aus Heidelberg eine Anfrage an Oettinger gerichtet. Damals korrespondierte mit mir Staatssekretär Köberle (Drucksache 13/4290). Die Antworten waren nebulös, weil man der Meinung war, dass eine mögliche Standortänderung ab 2010/2011 noch kein Anlass wäre, über Konversionsprogramme nachzudenken.

Auch in Heidelberg wurden meine Erinnerungen an die Zukunft als unbedeutend oder als „alles schon in Arbeit, es ist an alles gedacht“ abgetan. Aber Planung für die Zukunft fängt in der Gegenwart an. Der Anlass darüber nachzudenken, dass Menschen ihre Arbeit verlieren,



Lothar Binding

Mitglied des Deutschen Bundestages

riesige Flächen von ca. 86 ha in der Stadt und über 100 ha im PHV neue Nutzungen ermöglichen, wurde verdrängt. Alles sei in der Schublade, Planungen vorhanden.

Der Rückbau des längst ungenutzten US Flughafens im Pfaffengrund – Konversion zur Biotopvernetzung zwischen Pfaffengrund Ost, dem Kolbengarten (Eppelheimer Gemarkung) und den Flächen südlich des Flughafens bis zum Grasweg – hätte längst in Angriff genommen werden sollen. Wenn ich Deinen jüngsten Brief an die Bundesregierung richtig deute, gab es bisher kaum Kontakte in diese Richtung.

Am 26. Juni las ich „Ich bin sauer über Herrn Kuhns „Ratschläge““. Aber eigentlich hat Fritz Kuhn doch die richtigen Fragen gestellt. Aber was war eigentlich mit unserem Kollegen von der CDU, die Stütze der Allianz aus CDU/Heidelberg/FDP, der ständig seine Nähe zu den USA, zur amerikanischen Regierung und zur NATO medial zelebriert. Konnte er Dir keine Hinweise darüber geben, was die Amerikaner planen? Was macht ein Verteidigungs- und Außenpolitiker eigentlich auf seinen Reisen, wenn er seine Stadt, Dich, in solchen Fragen nicht rechtzeitig vor bösen Überraschungen warnt? Erste Beschlüsse im Pentagon zur Europäischen Neuordnung gab es 2001. Seither gab es weiterführende Beschlüsse, in Wiesbaden wurde gebaut, die neue Struktur in Europa wurde stetig etabliert. Der Abzug der Amerikaner war zum Greifen nahe.

Mit dem Ziel die vorausschauende Planung hinsichtlich der städtischen Finanzen zu stärken, möchte ich einige Bemerkungen zur Finanzlage machen, denn was mich am meisten wundert, ist die Leichtfertigkeit in der Finanzplanung. Mit dem was ich bemerke, könnte ich mich auch an die eigene Nase fassen – leider fehlt es in Berlin oft an den richtigen Mehrheiten im Bundestag oder im Bundesrat.

Ich lese am 15. Juni 2010 in der RNZ „Würzner hofft auf bessere Finanzlage ab 2013“.

Auf der Grundlage der Steuerschätzung Mai wird der Heidelberger Haushalt 2011/2012 dramatisch eng – die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, steigende Kosten im Sozialhaushalt und das Sparpaket für den Bundeshaushalt, das den Staatshaushalt, unter anderen die Kommunalhaushalte belastet, werden zu dramatischen Fehlbeträgen im Heidelberger Haushalt führen.

Durch die inzwischen recht gut wirkenden Konjunkturprogramme I und II, das Paket zur Rettung der Sparer und Kreditnehmer (fälschlicherweise „Bankenrettung“ genannt), durch Kreditfazilitäten z.B. für die Heidelberger Druckmaschinen AG und durch die besonderen Regeln bzw. die Verlängerungen der Kurzarbeit, kommt die Wirtschaft wieder auf einen Wachstumspfad – trotz der schweren Fehler im schwarz-gelben Wachstumsbeschleunigungsgesetz vom 1.1.2010.



Lothar Binding

Mitglied des Deutschen Bundestages

Abgesehen von dem Steuergeschenk an die Hotels hat schwarz-gelb seit 1.1.2010 auch die Funktionsverlagerung und den Mantelkauf so verändert, dass die Kommunen aufgrund erleichterter Gewinnverlagerung der Konzerne ins Ausland weniger Steuereinnahmen haben werden, als wenn es diese Erweiterung der Schlupflöcher nicht gegeben hätte. Auch die gewerbesteuerlichen Zurechnungen wurden teilweise zurückgenommen. Wie gesagt: trotz dieser Fehler erholt sich die Wirtschaft, wesentlich durch den Export getragen und die Steuerschätzung im November wird besser aussehen als im Mai.

Das verlockt einige Bürgermeister oder Oberbürgermeister ihren Haushaltsentwurf erst nach der Steuerschätzung im November, womöglich erst im Dezember vorzulegen – sozusagen auf einer schön geschätzten Basis. Ich hoffe sehr, dass Heidelberg diesen Verzögerungstrick nicht anwendet. Langfristige Haushaltspolitik darf nicht abhängig gemacht werden von kurzfristigen Entwicklungen oder gar stichtagsbezogenen Schätzungen. Außerdem soll die vorgezogene, also rein exekutive Haushaltsbewirtschaftung wegen zu später Vorlage des Haushaltsentwurfs unter demokratischen Gesichtspunkten m. E. die Ausnahme sein. Z.B. in Folge von Fristenproblemen bei Neuwahlen.

Für 2010 können sicher Rücklagen aufgelöst werden. Das ist auch möglich, weil Beate Weber und Herr Lenz einen gut bestellten Haushalt hinterlassen haben. Aber Rücklagen auflösen kann man genau einmal. Auch Kredite können aufgenommen werden... damit haben wir im Bund die größten Erfahrungen und geben bei Bedarf bestimmte Lasten an den Staatshaushalt ab – wie gegenwärtig mit dem schwarz-gelben Sparpaket. Diese Möglichkeiten hat eine Kommune nicht so einfach. Es sei denn, sie schneidet empfindlich in die freiwilligen Leistungen und gefährdet damit recht schnell den Unterbau für unendlich viel ehrenamtliches Engagement. Natürlich kann man auch den laufenden Betrieb „verschlanken“, Personal abbauen, Kosten in die städtischen Gesellschaften verschieben. Aber dabei ist zu beachten, dass hier „Sparen“ im städtischen Haushalt „Kosten“ an anderer Stelle erzeugt, für die schließlich wieder alle Bürger durch steigende Gebühren oder Verschuldung an anderer Stelle belastet werden.

Das nächste Waterloo für jene, die in Heidelberg keine Alternativen sehen, wird der Neckarufertunnel sein. Wir haben mit der Verkehrsplanung rund um die Stadthalle gesehen, dass selbst mit dem Tunnel der B37 der oberirdische Verkehr zu größeren Teilen erhalten bleibt. Und wir hören, dass Grabengasse und Marstallstraße als Haupterschließungsachse für die mittlere Altstadt dienen sollen. Wir dürfen gespannt sein, wie das alles mit der schon beschlossenen Straßenbahn über die Ebert-Anlage zum Universitätsplatz zusammenpasst. Auch hier gibt es eine klare politische Entscheidung – und was macht die Exekutive?



Lothar Binding

Mitglied des Deutschen Bundestages

Gelegentlich wird der Anschein erweckt, der Tunnel sei finanzpolitisch kein Problem. Die Kosten kommen „erst“ 2010 bis 2018 und der Bund bzw. das Land übernehmen große Anteile der Kosten. Das denke ich auch. Und politisch wird das Land alle Kraft aufwenden, dass Heidelberg seinen Tunnel bekommt.

Stuttgart 21 verschlingt einige Milliarden. Ich höre auch, dass es zu Stuttgart 21 „keine Alternative“ gäbe. Das hatten wir schon. Die Landesregierung verbraucht für Stuttgart 21 also etwa 30 Neckarufertunnel. Schon deshalb wird es in einigen aus Stuttgarter Sicht peripher gelegenen Landesteilen unbedingt zu geförderten Großprojekten kommen, um Alibis gegen den Vorwurf zu schaffen, die Landesregierung würde sich vornehmlich um die Region Stuttgart kümmern. Leider wird dabei vergessen, dass das ganze Land unter der so erzeugten Verschärfung der, nicht nur strukturellen, Neuverschuldung leiden wird. Natürlich schaffen solche Investitionen Arbeitsplätze aber die Allokation der Mittel an anderer Stelle schafft ebenso Arbeitsplätze. Warum sollte ein Großprojekt „Tunnel“ oder „Tiefenbahnhof“ mehr Arbeitsplätze schaffen, als ein Großprojekt „Schulsanierung“, ein Großprojekt „Ausbau der Pflege“ oder ein Großprojekt „Gute Kinderbetreuung“, „Ganztagsschule“, „Kleinkindbetreuung“ etc. Es gibt Großprojekte jenseits von Beton. Da könnte das Land einiges von Heidelberg lernen. Großprojekte wie Stuttgart 21 oder auch der B37 Tunnel binden öffentlich Mittel, Mittel aller Bürgerinnen und Bürger in einer Dimension, die unweigerlich zu Engpässen und Kürzungen an anderen Stellen führen wird. Kürzungen und Streichungen die unendlich viele kleine und kleinste Projekte und Initiativen treffen werden.

Und schließlich gilt es auch in der mittelfristigen Finanzplanung an die Stadtentwicklung zu denken. Große Aufgaben, wie der Betriebshof, die alte Feuerwehr, die Entwicklung rund um den Bahnhof, natürlich die Bahnstadt in Kombination mit den neu zu definierenden Nutzungen der US-Flächen etc. zu denken. Wohlüberlegter Rückbau im Emmertsgrund ist auch nicht kostenlos und natürlich die klimagerechte Fassadensanierung – wenn ich es richtig gesehen habe, werden im Emmertsgrund einige Fassaden einfach gestrichen. Aber ein wenig Farbe dürfte schon bald nicht mehr genügen.

Und wenn behauptet wird, dass die oben erwähnten Großinvestitionen keine Störung der übrigen Entwicklung in Heidelberg bedeutet, dann müssen wir fragen, warum eine ganze Reihe anderer kleinerer und mittlerer Projekte der Verzögerung oder dem Vergessen anheim gegeben werden. Einige Beispiele:

Schauen wir auf die Schulsanierung in Heidelberg – insgesamt werden große Summen benötigt. Ein dreistelliger Millionenbetrag. Hier nur zwei Beispiele:



Lothar Binding

Mitglied des Deutschen Bundestages

Schulcampus Julius Springer Schule, Pestalozzi-Grundschule, Willy-Hellpach-Schule, Helmholtz-Gymnasium schreien nach Sanierung, nach Neustrukturierung, neuer Raumplanung und Raumverteilung – Fehleinschätzungen im Zusammenhang mit dem Abzug der Amerikaner, exekutive Vorgänge, die sich Öffentlicher Einsicht entziehen, führen offensichtlich an der Umsetzung allgemein akzeptierter Erkenntnisse vorbei – für z.B. die Willy-Hellpach-Schule gibt es schon seit 2000 konkrete Pläne ... seit 10 Jahren.

Ich bin froh, dass nun wenigstens die Teilsanierung der IGH beschlossen wurde, wenngleich noch immer mit der Gefahr, das der Eingangsbereich der neu sanierten Schule keine Beziehung zum ÖPNV bzw. zum Fußwegenetz haben wird.

Die räumlichen und baulichen Zustände bei der Feuerwehr in Wieblingen sind nicht zeitgemäß, sie sind im Ernstfall auch geeignet rechtzeitige Hilfe zu verhindern. Die beiden Fahrzeuge stehen auf engstem Raum hintereinander. So etwas kostet weniger als 1,5 Millionen Euro.

Ausbau des neckarseitigen Radwegs zwischen Wieblingen und der Innenstadt droht zu scheitern. Ist schon gescheitert? Seit 2002 im Gespräch, in der Planung, in der Umplanung in der Beantragung beim Land zur teilweisen Kostenübernahme der geschätzten Gesamtkosten von 1,8 Mio. Euro.

Auch an Kleinigkeiten wird deutlich, dass die These „Genug Geld für den Tunnel“, nicht lange überstehen wird: Wer sich mit öffentlichem Finanzwesen beschäftigt, wird Investitionsmittel in einem öffentlichen Haushalt nicht sinnvoll mit anderen Mitteln, wie sächliche Verwaltungskosten, Zuschüsse oder Personalkosten vergleichen. Und doch wird es schwer fallen zu erklären, dass 40 Millionen für eine zweiten Theatersaal und 180 Millionen für einen Tunnel etc. kein Problem seien, aber die „Hamlet-Inszenierung ... aufgrund der städtischen Sparmaßnahmen im nächsten Jahr nicht wieder aufgenommen werden kann“, wie wir im Wochenkurier vom 28. Juli 2010 lesen.

Die Sanierung der Neckarhalle Wieblingen, die Erweiterung Turnzentrums, eine Fußgängerbrücke zwischen Rohrbach und Kirchheim oder die Aufwertung des Neckarufers in Ziegelhausen...

Der Bahnhofsvorplatz. Die Visitenkarte für alle die nicht mit dem Auto anreisen. Wer nach Heidelberg kommt, auch auf einen Kongress, finden neben dem Bahnhof Stadteingangssituationen vor, die ich mir einladender vorstellen kann. Auch hier gab es schon einen Beschluss in 1998, den Platz neu zu gestalten. Dann wurde das Projekt zu einer Größe entwickelt, bis es in endlicher Zeit scheitern musste. Soviel zum Stichwort „Visitenkarte“.



Lothar Binding

Mitglied des Deutschen Bundestages

Zurück zum Haushalt. Es gibt große strukturelle Probleme: Schon in 2010 ist eine Verschlechterung von fast 30 Millionen im städtischen Haushalt zu schultern – plus die Folgen aus dem Schäuble-Sparpaket. Sicher wird die Eigenkapitaldecke so gering werden, dass für alle Investitionen auf Fremdkapital zurückgegriffen werden muss. Zusätzlicher Druck wird durch das schwarz-gelbe Mövenpick-Geschenk erzeugt. Das könnte für Heidelberg durchaus bei einer Belastung von 15 Millionen Euro enden. Es dürfte schon einige Anstrengungen bedeuten – Personal- und Sachkosten werden spürbar sinken müssen – die Schulden Heidelbergs bis 2010 unter 300 Millionen Euro zu halten. Dabei warten noch große andere Investitionen auf den städtischen Haushalt, wie z.B. die schon lange gewalzten Planungen der Straßenbahnverbindung ins Neuenheimer Feld oder in die Altstadt.

Eine besondere Problematik ergibt sich aus den Schulden und Belastungen für Heidelberg die im städtischen Haushalt nicht unmittelbar zu erkennen sind:

- Finanzierungen der IGH oder der neuen Feuerwehr von fast 50 Millionen Euro durch die GGH gehören dazu,
- der Theaterneubau mit einem Volumen von fast 50 Millionen Euro, wovon die Stadt sicher mit 25 Millionen Euro beteiligt ist über eine Stiftungsstruktur,
- die Finanzierung der Schwimmbäder über die Stadtwerke,
- solch riesige Investitionsvolumina wie für die US-Flächen
- bei gleichzeitiger Vorfinanzierungsnotwendigkeit des B37 Tunnels
- und das alles bei hohen Verlusten der HSB in einer Größenordnung von über 30 Millionen Euro
- und Schulden der Stadtwerke in Dimension von weit über 200 Millionen Euro.

Ich hoffe sehr, dass mein Brief dazu beiträgt, nicht eilig über das nächste alte Einzelprojekt nachzudenken. Durch die vielen Beispiele, die ich oben erwähnt habe, wird deutlich, dass Heidelberg gegenwärtig über ein außergewöhnlich hohes Entwicklungspotential verfügt. Hinsichtlich wichtigster Funktionen, auch als konkurrierendes Oberzentrum in der Region und hinsichtlich riesiger Flächen, wohl wissend, dass im „Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar 2020“ mehr als doppelt so viel Wohnfläche ausgewiesen wird, als die Schätzungen für die Zukunft erfordern. Hier wird es sicher notwendig sein, regionale Planungsansätze deutlich zu verstärken und die Kooperation mit den Nachbarn zu suchen.

Wahrscheinlich hat schon lange kein Oberbürgermeister eine solch große Chance gehabt, Heidelberg zukunftsfähig und für die Menschen lebenswert zu machen. Die Chancen für eine Stadt mit gesunder Sozialstruktur, für eine soziale Stadt mit kultureller Vielfalt, wirt-



Lothar Binding

Mitglied des Deutschen Bundestages

schaftlichen und wissenschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten, breiter Sportförderung, dem Blick für eine generationenübergreifende Entwicklung sollten wir nutzen – unter Beachtung des Inklusionsgebots. Die Herausforderungen sind enorm. Neben dem Anstieg des Reichtums hat die Armut zugenommen, die Polarisierung in den Qualifikations- und Einkommensstrukturen verstärkt sich und ähnlich wie in vielen anderen Städten nehmen multikulturelle und multiethnische Prägungen in der Stadt zu. Es gilt, zunehmender sozialräumlicher Polarisierung entgegenzuwirken trotz einer Politik, die national und international konkurrenzfähige Strukturen stärkt. Nicht zuletzt durch seine besondere Lage steht Heidelberg unter hohem Druck einer Gentrifizierung mit dem üblichen Konfliktpotential. Daraus ergeben sich besondere Aufgaben für die städtische Entwicklung und für städtische Steuerungsprozesse.

Unter anderem bedarf es einer klugen langfristig angelegten Finanzwirtschaft in der Stadt, die sich nicht von externen Zuschüssen leiten lässt, sondern davon, was Heidelberg braucht.

Ich würde mich freuen, wenn ich bei der Lösung einiger Aufgaben helfen darf.

Viele Grüße

Lothar Binding

Mit Blick auf meine ungewöhnlich vielen Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern und die vielen Leserbriefe in der RNZ zum Thema Kongresszentrum und Stadtentwicklung, möchte ich mich mit diesem Brief an der öffentlichen Debatte beteiligen.